

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153.

Dienstag, den 3. Juli 1917.

24. Jahrg.

Reich, schaffe Recht!

Von Philipp Scheidemann.

Der Verfassungsausschuss wird am 3. Juni seine Arbeiten wieder aufnehmen. Was er bisher geleistet hat, ist von der reaktionären Presse als ultra-demokratische Umstürzerei ausgeschrien worden, war aber im Grunde genommen wirklich nur sehr bescheiden.

Ein Parlament, das sich seiner Macht bewusst ist und den Willen hat, sie auszuüben, würde auch durchkommen ohne alle die Verrückungen und Neuerungen, von denen man zur Stunde nicht einmal weiß, wieweit die Verbündeten Regierungen gewillt sind, sie gutzuheißen. Bescheidenheit in politischen Dingen imponiert niemandem, am allerwenigsten denen, die sie selbst nicht besitzen. Auch den Regierungsexekuten, die sich im Verfassungsausschuss bisher statt als Führer nur als Bremser betätigt haben, wird diese mäßige Tätigkeit wesentlich erleichtert, wenn man nicht Wollwampfen einsetzt.

So hoch oder so niedrig man indes einschätzen mag, was der Verfassungsausschuss bisher beschlossen hat, sicher ist, daß es in keiner Weise verglichen werden kann mit der Bedeutung der großen Frage, die jetzt zur Entscheidung steht: der Wahlrechtsfrage.

Das wichtigste Problem ist die Wahlrechtsfrage in Preußen. Sie ist die Zentralfrage der deutschen Reichspolitik. Das Ja und Nein in dieser Frage kann von Bedeutung sein für die Dauer des Krieges, es ist auf alle Fälle entscheidend für die ganze Zukunft des Reiches. Es ist überflüssig, auch nur noch ein Wort über das am besten von Bismarck gekennzeichnete Preußen-Wahlrecht zu sagen, dessen Verrückung oder Beseitigung uns nun schon oft genug versprochen worden ist. Ueber die politische Gemeingefährlichkeit des dadurch entstandenen und scheinbar niemals endenwollenden Schwebeszustandes soll sich niemand täuschen.

Wie können wir am schnellsten in Preußen, Sachsen, Mecklenburg usw. zur notwendigen Rechtsgleichheit der Staatsbürger kommen? Es gibt der Wege mehrere. Die offenen Gegner der Rechtsgleichheit wollen „Reformen“ nur durch die zuständigen Parlamente selbst zustehen. Sie wollen die politische Münchhausenfabel: sie muten dem Klassenparlament zu, daß es sich am eigenen Schopfe aus dem Privilegienlumpen herausziehe. Die offene Dreistigkeit dieser Wahlrechtsgegner ist freilich noch immer wesentlich sympathischer als das Gerede derer, die sich den Anschein geben, als wollten sie mitmachen, die aber im Innern sehr wohl wünschen, daß es bei einigen Reparaturarbeiten bleibt, die deshalb vom Eingreifen in die Rechte der Einzelstaaten absehen, wenn man die gründliche Reform durch den Reichstag verlangt.

Darüber soll man sich doch klar sein: entweder ist es ernst mit der Wahrung des Rechts der Einzelparlamente, und dann bleibt alles beim alten, oder aber die Beseitigung der Klassenwahlrechte wird durchgeführt, und dann war die Wahrung jener einzelstaatlichen Rechte doch eben nur Schein. Glaubt denn jemand, daß das Klassenparlament die Klassenrechte beseitigen wird aus eigenem Antriebe und aus eigener Erkenntnis? Nein, das tut es nicht früher, als es dazu gezwungen ist. Dieser Zwang kann von verschiedenen Faktoren ausgeübt werden: von der Krone, von der Straße, unter Umständen von beiden zugleich. Die Oberhoheit bedeutet entweder für den preussischen Landtag die Aufhebung seiner Entscheidungsfreiheit oder sie bedeutet überhaupt nichts, rein gar nichts!

Ist es übrigens wahr, daß die Oberhoheit, wie man vielfach erzählt hört, ursprünglich das Versprechen des gleichen Wahlrechts enthielt, und daß man dann — als von bestimmter Seite Bedenken erhoben wurden — dieses einseitige Versprechen durch die deutlichere Formel ersetzt hat, für ein Klassenwahlrecht sei kein Raum mehr?

Der zweite Weg geht über den Reichstag. Der Reichstag soll bestimmen, daß alle Bundesstaaten Volksvertretungen haben müssen, die auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes zu wählen sind. Also was der Reichstag für Elsaß-Lothringen geschaffen hat, soll er für alle Bundesstaaten sichern. Dieser Weg ist der gerade, der am schnellsten zum Ziele führen kann.

Natürlich würde es auch im Reichstag um die uns absolut unverständliche Forderung der Rechtsgleichheit Kämpfe geben. Aber damit wäre die Sache doch mit einem Schlage für das ganze Reichsgebiet, für alle Bundesstaaten erledigt, und der Janfapel wäre beseitigt. Mit dem einheitlichen und einfachen Verfahren über das Reich vergleiche man die Wege, die durch den preussischen Landtag, die Mecklenburger Stände usw. führen. Ueberall heftige, erbitterte Kämpfe, nirgends ohne die schwersten Konflikte Hoffnung auf ein befriedigendes Resultat!

Der dritte Weg ist die Otrouierung. Das jetzige Wahlrecht in Preußen entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Es ist selbst oktroyiert worden. Am 8. April 1848 wurde auf gesetzlichem Wege jedem vierjährigen Preußen das gleiche, auch nur indirekte Wahlrecht eingeräumt. Bereits

am 6. Dezember 1848 verschlechterte die Regierung durch Verfügung eigenmächtig dieses Recht, indem sie es nur den „selbständigen“ Preußen ließ. Am 30. Mai 1849 aber oktroyierte die Regierung das Dreiklassenwahlrecht. Wenn also jetzt die Regierung die Verfügungen vom 6. Dezember 1848 und vom 30. Mai 1849 aufheben würde, so bestände in Preußen das gleiche Wahlrecht wieder zu Recht. Wir Sozialdemokraten sind keine Befürworter von Gewaltmaßnahmen, weil wir, um mit Friedrich Engels zu reden, bei der Gefährlichkeit am besten gedenken. Aber wenn die Regierung die vor nahezu 70 Jahren begangenen Sünden jetzt gutmachen und es dem dann auf Grund des gleichen Wahlrechtes gewählten nächsten Landtag überlassen will, sich ein modernes Wahlverfahren zu schaffen, so braucht sie von unserer Seite auf Widerstand nicht zu rechnen.

Der beste Weg, weil er für alle Bundesstaaten gleiches Recht schaffen könnte, ist und bleibt der an zweiter Stelle genannte, der durch den Reichstag führt. Ob dieser Weg beschritten werden soll, muß sich in den nächsten Tagen zeigen. Vom Verfassungsausschuss wird es abhängen, ob die Wahlrechtsfrage in kurzer Zeit befriedigend gelöst wird oder ob alle Teile des Reiches wieder und wieder aufgewühlt werden sollen durch den Kampf um die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit. Auch die Regierungen sollen ein Interesse daran haben, die Wahlrechtsfrage durch den Reichstag rasch

und gründlich zum Abschluß zu bringen. Sie sollen sich klar darüber sein, daß nach dem Kriege keine Frage der inneren Politik im Reich verhandelt werden kann, ohne daß die Wahlrechtsfrage mit verhandelt wird. Unendlich erbitterte Kämpfe können erspart, viel Kraft und fleißige Mitarbeit für notwendige Kulturarbeit kann gewonnen werden, wenn die Wahlrechtsfrage durch den Reichstag erledigt wird. Die Rechtsgleichheit bei den Wahlen muß und wird ja dem Volke doch eingeräumt werden — es ist nicht daran zu denken, daß der Krieg zu Ende geht oder daß es lange nach seiner Beendigung dauert, bis das wichtigste in unsere Kriegsziele, die Demokratisierung des deutschen Staatswesens, auf diesem oder jenem Wege erreicht wird.

Der Verfassungsausschuss und der Reichstag sollten nicht verkennen, daß es die vornehmste Aufgabe des Reiches ist, seinen Bürgern Recht zu schaffen. Sie vor Unrecht und Rechtlosigkeit zu schützen. Verlagt sich hier die Reichsgesetzgebung dem Volke, das seinen Schutz und seine Hilfe anruft, so muß daraus eine Stimmung entstehen, die gerade jetzt am allerwenigsten gewünscht werden kann. Der Verfassungsausschuss steht also vor einer Entscheidung, von nicht abzusehender Tragweite. Keine Partei wird vor Volk und Geschichte die Verantwortung für einen enttäuschenden und verbitternden Beschluß zu tragen imstande sein.

Vom Tage.

Gegenüber Frankreich gibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zwei wichtige Erklärungen ab. Die eine betont im Anschluß an Aeußerungen des bisherigen Gesandten von Haiti in Berlin, daß für Deutschland eine Elsaß-Lothringische Frage nicht existiere und daß an irgendwelchen Handel über Elsaß-Lothringen die deutsche Regierung nicht denke. Die andere Erklärung enthält in einer Auseinandersetzung mit dem letzten Armeebefehl des französischen Oberkommandierenden, General Petain, den wichtigsten Satz: „Frankreich kann jederzeit mit Deutschland Frieden schließen, einen Frieden, der es in keiner Weise zu Deutschlands Sklaven stempelt, sondern ein friedliches Nebeneinander der beiden Völker von neuem bringt, so wie es vor dem Kriege bestand.“ Die Erklärung sagt nichts Neues, unterstreicht aber noch einmal die Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden auch nach Westen.

Zur Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat die österreichische Regierung eine neue halbamtliche Erklärung abgegeben. Bekanntlich hat der gegenwärtige provisorische Ministerpräsident Oesterreichs diesen Grundsatz dieser Tage im Abgeordnetenhause entschieden abgelehnt. Jetzt wird diese Gegnerschaft dahin eingeschränkt, daß Oesterreich ein Selbstbestimmungsrecht der in seinem Staate lebenden Nationalitäten insoweit nicht anerkennen könne, als es gegen den Bestand des Staates selbst gerichtet sei und die innerpolitischen nationalen Auseinandersetzungen zum Gegenstand der internationalen Politik machen wolle. Die Abgabe an das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte also nicht die Absicht ausbilden, bisher unabhängige Völker zu unterwerfen, sondern nur den Entschluß, die in Oesterreich vereinigten Nationalitäten im Staate zusammenzuhalten.

Die Kriegslage.

Bei fortwährendem schweren Artilleriekampf in Flandern wurde deutscherseits u. a. der englische Hauptstapelwarenpfad Ypern unter das Feuer schwerer und schwererer Kaliber genommen. In der Stadt, worin, wie genau bekannt, starke englische Reserven liegen, wurden zahlreiche Explosionen und Brände beobachtet. Im übrigen wurde die Befestigung der englischen Artillerie fortgesetzt. In zahlreichen Batteriestellungen konnten Explosionen und Flucht der Geschützbedienten beobachtet werden. Am Morgen des 1. Juli um 4.15 Uhr griffen die Engländer mit zwei Divisionen zwischen der Straße Bethune-Lens und Souchez-Bacle an. Vorteile, die die Engländer zwischen der Vorstadt von Lens und am Souchez-Bacle anfänglich erlangen, wurden durch schwingvollen Gegenstoß eines obersteilischen Regiments wieder entzogen.

In der Aisne-Front erhöhten sich die mehrfachen französischen Gegenangriffe gegen die Gesamtheit der hier in den letzten Tagen verlorenen Stellungen. Die französischen Verluste sind erheblich. Vom 28. bis 30. Juni wurden 868 Mann, darunter 15 Offiziere, gefangen und 12 Maschinengewehre, 7 Schnellladegewehre, 6 Minenwerfer, 3 Grabenkanonen und ungezählte Minenmunition, sowie zahlreiches Material erbeutet.

An der Oisne-Front veränderte das zweitägige schwerste Trommelfeuer die Stellungen von Brzezanj bis zum Dnjestr in ein Trichterfeld nach westlichem Muster. In immer wieder frisch gedrückten Wellen stürzten die Russen bis zum späten Abend vorgedrückt. Die gesamten Stellungen blieben in der Hand der Verbündeten oder wurden in kühnem Gegenstoß wieder genommen. Nur an einigen wenigen Stellen vermachten sich in den vorderen Graben Ruffenketten zu halten. In der Nacht stand der Kampf ab. Seit dem Morgen des 2. Juli ist er wieder in vollem

Umsatze. Nördlich von Stanislaw und in der Gegend von Buczow ist es trotz des heftigen Artilleriekampfes nicht zu Infanteriekämpfen. Als Erfolg des rücksichtslos eingeleiteten Angriffs und als Preis für ihre unerhörten Opfer errangen die Russen lediglich das Dorf Konjuch. Versuche, von dort aus weiter vorzudringen, scheiterten verlustreich.

WB. Berlin, 2. Juli, abends. (Amtlich.)
Im Westen nichts Neues.
Im Osten sind bei Konjuch russische Angriffe zusammengebrochen. Weiter nördlich sind neue Kämpfe entbrannt.

Wien, 2. Juli. (Amtlich.)
Ostlicher Kriegsjahresplan.
Gestern hat der Feind zwischen der Karajowka und der Strypa seine zusammengehaltenen Infanteriemassen in der ihm eigentümlichen Art voll in die Schlacht geworfen. Ungeachtet der schweren Verluste, die ihm unter Artilleriefeuer zugefügt hat, jedoch er seine Sturmweilen durch fortwährenden Einmarsch dichter Reihen in den Nahkampfbereich heran. Allmählich kamen mindestens 20 Infanteriedivisionen zum Angriff. In der ganzen 50 Kilometer breiten Schlachtfeldfront tobte der Infanteriekampf mit äußerster Heftigkeit und Erbitterung. Hierbei wurde der Feind größtenteils schon vor unseren vordersten Gräben abgewiesen. Die stärksten Massenstöße richteten sich gegen die Räume südlich Brzezanj und bei Konjuch, wo sie in Kieglstellungen abgewehrt wurden. Alle, auch in den heutigen Morgenstunden mit Zähigkeit erneuten Versuche des Gegners, den Angriff in diesen Räumen vorzutragen, brachen äußerst verlustreich zusammen. Westlich von Borow und im Stochob-Knie konnte sich ein angelegter Angriff in unserer Artilleriefeuer nicht entwickeln. Die Fortdauer der Schlacht ist zu gewärtigen. An anderen Frontstellen nur vorübergehend auflebendes Artillerie- und Minenfeuer.

Italienischer und südöstlicher Kriegsjahresplan.
Außer einer schneidigen Unternehmung des österreichischen Landsturmbataillons IV/2 westlich Riva, bei der 16 Mann aus den feindlichen Gräben geholt wurden, ist nichts Wesentliches zu berichten.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.
Französischer Bericht vom 1. Juli: Im Abschnitt von Cerny und Alles verdrängte sich am Ende der vorgehenden Nacht die Beschießung mit Granaten schwerer Kaliber. Kurz darauf machte der Feind einen sehr heftigen Angriff östlich Cerny und besetzte auf einer Front von ungefähr 500 Metern auf beiden Seiten der Straße Nilles-Passy die Linie von den Schützengrubenstücken, die durch Geschosse eingeebnet wurden und von unserem Truppen geräumt waren. Zusammengefaßtes Feuer unserer Batterie richtete große Verwüstungen in den Reihen des Feindes an, der trotz seiner Anstrengungen seinen Angriff nicht weiter vorzutragen konnte. Im Laufe des Tages ging der Artilleriekampf überall weiter. In dieser Gegend war er sehr eckhaft. Am linken Maasufer hält der heftige Artilleriekampf in der Gegend des Waldes von Anocourt, bei der Höhe 304 und beim Toten Mann an. Ein feindlicher Angriff gegen die Schanze bei Anocourt brach im Feuer zusammen. Westlich des Toten Mannes fand ein heftiger Kampf um die vorgeschobenen Positionen statt, die fünfmal verloren und genommen und schließlich von beiden Parteien geräumt wurden, da die Stellung durch eine Beschießung völlig vernichtet wurde.

Englischer Heeresbericht vom 1. Juli, nachmittags: Nach ihren gestrigen Erfolgen griffen unsere Truppen in der letzten Nacht auf dem Nordufer des Souchez-Flusses auf einer Front von etwa einer halben Meile unmittelbar südwestlich und westlich von Lens an. Wir machten einen erfolgreichen Vorstoß nordöstlich von Epohy.

Zur „demokratischen Frankreich“

Sind nach Meldungen mehrerer Blätter in der Umgegend der Pariser Bahnhöfe wieder über 1000 Personen wegen Friedenspropaganda verhaftet worden. Ferner wurden sieben Redakteure, sowie der Direktor der „Liberaire“ verhaftet, weil sie den Frieden propagiert hatten.

Rußland.

Russischer Heeresbericht

vom 30. Juni. Westfront: In einzelnen Abschnitten südlich des Pripiet war unsere und die feindliche Artillerie sehr lebhaft; besonders in Richtung Jolnitschew und Brzezan. Rumänische Front: Unsere Truppen bemächtigten sich des Engpasses von Garrant, nordwestlich von Penne und gingen westlich dieses Passes vor. Wir machten Gefangene.

Ein neuer Aufruf an die Sozialisten aller Länder wird im Arbeiter- und Soldatenrat ausgearbeitet. Derselbe ruft sämtliche Sozialisten zu entschiedener und entschlossener Arbeit für den allgemeinen Frieden auf. Der Aufruf fordert gegebenenfalls energische Demonstrationen des Proletariats aller Länder und energisches Aufstehen gegen die Regierungen, die sich weigern, in Verhandlungen über den Frieden einzutreten. Das Blatt des A. u. S. R. erklärt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat entschlossen ist, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die von der russischen Demokratie in Fluß gebrachte Friedensbewegung im Sande verläuft. Trotz aller Intrigen würden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Stockholmer Konferenz doch zustande zu bringen.

Ein Aufruf an die Zentralmächte wegen ihrer Kriegsziele.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung mit einem interessanten Antrag, der die Formulierung einer öffentlichen Anfrage an die Zentralmächte über ihre endgültigen Friedensziele fordert. Die Anfrage soll in kategorischer Form gehalten und darauf abgefaßt sein, daß die Antwort darauf in jedem Falle die Lage während beeinflussen müsse. Die bisherigen Kriegszielklärungen der Zentralmächte und die verschiednen indirekten und direkten Friedensangebote an Rußland wären dementsprechend formuliert gewesen, daß sich aus ihnen kein klares Bild über die Kriegsziele ableiten ließe. Auch der gemäßigteste Sozialist Kojanow war der Ansicht, daß eine derartige Anfrage der Friedensarbeit nur Vorteile bringen könne. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen und dem Exekutivauschuß zu weiterer Bearbeitung überwiesen.

Ein Erfolg der englischen Kriegsheer.

Nach einer Reutersmeldung aus London vom 26. Juni berichten Buchanan und Henderson, daß ihre Versuche, die russische Offensive durchzusetzen, von Erfolg begleitet seien. Russische Kommandeure protestierten verschiedentlich gegen diese Einmischung und legten ihre Kommandos nieder. Englische und französische Offiziere übernahmen dafür die Kommandos.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats: Gestern sind die Abgeordneten der Arbeiter- und Soldatenräte, die Mitglieder des Bollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, Goldenberg, Kolanoff und Smirnow ins Ausland abgereist. Das nächste Ziel ist Stockholm. Dann geht ein Teil der Abordnung nach England, Frankreich und Italien. Die Abgeordneten sind ermächtigt worden, namens des Arbeiter- und Soldatenrates und Bollzugsausschusses in Verhandlungen mit allen sozialistischen Parteien einzutreten.

Der Seekrieg.

Verwicklungen im Golf von Neapel.

Die „Reichspost“ meldet aus Lugano: Der italienische Lebensmittelskontrollleur Canepa teilt mit, daß in den letzten Tagen in unmittelbarer Nähe des Hafens von Neapel drei große Transportdampfer mit australischem Getreide und zwar mit 300 000 Doppelcentnern verladen wurden. Unter diesen befanden sich die japanischen Dampfer „Europa Maru“, 3131 Tonnen, und „Sanda Maru“, 3227 Tonnen. Wie ein Blatt meldet, fanden die Verwicklungen mitten im Golf von Neapel statt.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Hindenburg und Ludendorff

sind zu einer Beratung über die jetzigen und zukünftigen Operationen der norddeutschen Heere im Stab der österreichisch-ungarischen Hauptquartiers eingetroffen.

Das „freie“ Amerika.

Fortan dürfen die Nachrichten des russischen Arbeiter- und Soldatenrats nicht mehr in Amerika veröffentlicht werden. — Trotzdem kämpft Amerika nach Willen für die Freiheit der Demokratie und damit der Meinungsfreiheit — vorzüglich in Deutschland!

Die allgemeine Kriegslage.

Von Richard Gädke.

Es ist wahrlich nicht verwunderlich, daß wir immer wieder in Verwirrung geraten, den Schleiern der Zukunft ein wenig zu lüften, um einen Überblick zu gewinnen über die weitere Entwicklung und Bewandnis der gegenwärtigen Kriegslage. Sind wir doch mit allen unseren Wünschen, Hoffnungen und Sehnsüchten an den kommenden Dingen auf das lebhafteste beteiligt, müssen wir von ihnen doch die endgültige Entscheidung dieses langen, schweren, verzweifelten Ringens erwarten. Leider müssen wir uns geteuen, daß die Anhaltspunkte, die uns Bergangenheit und Gegenwart lehren, nur sehr dürftig sind, um aus ihnen Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Daß wir die Pläne und Absichten der Heerführer nicht kennen, die zum Teil mit dem allerletzten Instanz des Geheimnisses umgeben werden (bei unseren Gegnern nicht ausgenommen) mag noch hinzugehen. Denn diese Pläne sind sehr wechselbar und sehr geheimnisvoll auch in der Ver-

gangenheit oft genug gewechselt worden. Aber auch die Nachrichten, die wir erhalten, erwähnen ja nur die wesentlichen Ereignisse aus der Fülle täglicher Meldungen, die bei der Heeresleitung eingeht. Viele Nachrichten, die diese erhält und verwertet, können der Öffentlichkeit keineswegs mitgeteilt werden, weil es nicht wünschenswert ist, sogar sehr schädlich sein könnte, wenn der Gegner auf diesem Wege erfahren, daß sein Kenntnis von seinen Maßnahmen, seinen Veranlassungen, seinen Truppenverschiebungen, seinen Befehlen haben. Aus manchen von ihnen kann man mit ziemlicher Sicherheit auf seine nächsten Absichten schließen.

Die Betrachtungen aber, die in der feindlichen Presse zu lesen sind, dürfen nur mit größter Vorsicht verwertet werden, sie widersprechen sich oft, sind ebenso häufig zu bestimmten Zwecken beeinflusst, und gar nicht selten, selbst wenn sie von Fachleuten herrühren, das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Im günstigsten Falle sehen wir aus ihnen, welche Strömungen im feindlichen Lager durcheinander wogen; das mag immerhin nützlich sein, um sich eine ungefähre Vorstellung vor der allgemeinen Lage und Stimmung in den Ländern des Gegenparts zu machen. Es reicht aber nicht aus, um einzelne taktische und strategische Entschlüsse im voraus zu erkennen.

Dazu kommt nun, daß augenblicklich mehr als je die politischen Verhältnisse auf die Gestaltung und noch mehr auf die Ausführung auch der kriegerischen Pläne einwirken. Damit erhalten wir eine weitere unbekannte und unveränderliche Größe der militärischen Möglichkeiten.

Das alles werden wir beachten müssen, wenn wir selbst nur im Westen die Kriegslage zutreffend beurteilen wollen, wo sie doch scheinbar am klarsten liegt. Daß unsere Gegner dort die Entscheidung in diesem Frühjahr erzwingen wollten, daß sie gestützt auf ihre riesenhaften Vorbereitungen mit großen Hoffnungen dem Kampfe entgegensehen haben, ist über allen Zweifel erhaben; ebenso, daß sie von den bisherigen Ergebnissen enttäuscht sind. Wollen sie jetzt von einer Erneuerung der großen Massenangriffe Abstand nehmen und alles auf das nächste Frühjahr verschieben, indem sie auf die dann mögliche Hilfe der Vereinigten Staaten bauen? Und wenn sie wollen, können sie es angesichts des wachsenden Friedensbedürfnisses breiter Volksmassen? Wird ihnen die zunehmende Schwierigkeit ihrer wirtschaftlichen Lage eine Verschiebung der Entscheidung auf so weite Sicht noch gestatten? Wir wissen es nicht und können auch die tatsächliche Wirkung der an sich so großen Leistungen unserer A-Boote nach dieser Richtung hin nicht mit genügender Sicherheit abschätzen. Wenn die Gegner aber im Sommer antreten wollen, was ihnen das Frühjahr nicht gewährt hat, wann und wo haben wir dann ihren nächsten Ansturm zu erwarten? Werden die Engländer allein ihr Glück versuchen, oder werden sie noch einmal durch das schon so reichlich geflossene Blut der Franzosen unterstützt werden?

Wir haben seit Mitte Juni gesehen, daß das englische Heer abermals einen beträchtlichen Teil der französischen Front übernommen hat. Mit den Resten des belgischen Heeres zusammen füllt es jetzt den weiten, etwa 135 Kilometer klaffenden Raum von der Küste bis über der Straße Capenne-Cambrai hinweg, aus. Dafür hat das französische Heer sich nordwestlich St. Quentin ausgebeugt. In jenem Gebiete haben die Engländer auch im Monat Juni nicht Ruhe gegeben, haben am 7. Juni noch mit 11 Divisionen den Westschleifebogen gesäubert und am 14. Juni abends die deutschen Vortruppen dort auf ihre Hauptstellung weiter zurückgedrängt. Wenn sie seitdem von ganz großen Angriffen Abstand genommen haben, so haben sie doch die deutsche Front fast in ihrer ganzen Ausdehnung teils durch starkes und härtestes Feuer, teils durch örtliche heftige Angriffe und Erkundungshöhe fortwährend in Atem gehalten. Das Verhalten erinnert an die Sommeroffensive während des Monats August 1916 und im Winter nach dem Aufgeben der großen Durchbruchversuche. Ist es nun ein Ausklang, ist es eine Pause in dem großen Kampfe, oder dient es der Täuschung und der Verschleierung anderer Pläne? Ist eine neue Schlacht von größerer Ausdehnung und Heftigkeit zu erwarten? Wollen sie ihr Angriffsziel gegen die deutsche Front von der Küste bis Sperr verlieren, nachdem sie die flankierende Einwirkung des Westschleifebogens beseitigt haben? Vielleicht mit einem Nebenangriff im Arrasgebiet, wo sie immer gegen den vorspringenden deutschen Bogen um Land anrennen?

Die Franzosen sind in der Woche vom 18. Juni an nicht mehr ganz so untätig geblieben wie in der Vorwoche; sie ließen nicht ohne Erfolg gegen geglättete deutsche Vorposten bei Baugaulon an und haben am 18. und 21. Juni auch zwei Angriffe in der westlichen Champagne am Cornilleberg gemacht, die ihnen einige vorstehende Teile unserer Gräben in die Hand gaben. Am 23. Juni zwang sie dann allerdings unser zusammengefaßtes Witzungsfeuer, diese Eroberung wieder fahren zu lassen. Und überhaupt blieb im allgemeinen die Angriffslust bei unseren Truppen, die in zahlreichen glücklichen Einzelunternehmungen die französische Westfront Stück für Stück zurückdrückten und den Nordrand beherrschenden Höhenrücken am Damenwege ziemlich in seiner ganzen Länge von Laiffant bis gegen Craonne wieder gewonnen haben. Sind es die juchbaren Verluste, durch die die Zurückhaltung der Franzosen bestimmt wird? Ist ihre Moral so erschüttert, wie manche Gefangenenaussagen vermuten lassen? Allerdings sind die Befundungen von Gefangenen auch in dieser Beziehung mit Vorsicht zu verwenden. Sind vielleicht Umgruppierungen von Streitkräften statt, während auf allen anderen Teilen der französischen Front freilich noch geringere Kampfesfähigkeit herrscht als an der Aisne und in der Champagne? Es ist unmöglich, auf diese Frage eine annähernd zuverlässige Antwort zu geben.

In Italien hat Cadorna den Versuch, sein Angriffsfeld vom Jonz gegen die Südgrenze Tirols in das Tal der Brenia und auf die Hochfläche der Sieben Gemeinden zu verlegen, sehr rasch wieder aufgegeben, nachdem er vom 10. bis 12. Juni gar keine Erfolge und am 19. Juni nur einen kümmerlichen Fortschritt am Grenzflusse gegen die Cime-diegi hin zu erzielen vermochte. Der neue missglückte Angriff brachte ihm wieder 40 000 bis 50 000 Mann Verlust ein. Trotzdem ist es nicht ganz wahrscheinlich, daß damit seine Offensivpläne für dieses Jahr beendet sind. Vielleicht wartet er wieder einmal auf die Russen, vielleicht macht er sein weiteres Verhalten von dem der Westländer abhängig.

In Mazedonien hat sich der Abzug der Engländer in der Strumanzicherung, in der sie aber noch den östlichen Flugrand halten, etwas härter ausgeprägt. Bulgarische Abteilungen haben hier mehrfach glückliche Gefechte gegen ihre Postierungen und Stützpunkte geliefert. Trotzdem ist es wohl verträglich, die Aufhebung starker Beschränkungen der Nationaltruppen seitens des Kriegsministers Poinlevo als Beginn einer Annäherung des Abenteurers zu betrachten.

Die größte Rätselfrage dieser Wochen betrifft das nordöstliche Verhalten der Russen. In dem Westen der ganzen noch lebenden Männer, zu einer neuen Offensive an-

zutreten, und wäre es nur, um möglichst viel deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte dort zu fesseln, kann allerdings nicht mehr gezwweifelt werden. Sind sie imstande, den Massen den gleichen Angriffswillen einzufößen, den sie selbst haben, dann werden wir mit neuen Angriffen zu rechnen haben. Die etwas größere Kampfesfähigkeit, die augenblicklich an der russischen Front herrscht, ist freilich noch kein Beweis. Gerade hier hängt alles von der Entwicklung der politischen Verhältnisse ab, sie wird schließlich entscheidend für alles werden. Der Kampf der Bolschewski gegen die provisorische Regierung — und umgekehrt — spielt sich offenbar so, wie es gelingen, die wachsende Zerrüttung im Innern so weit zu meistern, daß ein Angriff möglich wird? Führen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Ukraine, die eine unerwartete Stärke zeigen, bis zum Bürgerkriege, dann freilich wird mit einer Offensive Cufors an der russischen Südwertfront schwerlich zu rechnen sein. Aber ein unternehmungslustiger Staatsmann und Feldherr könnte auch auf den Gedanken kommen, durch den fortwährenden Schwung einer großen Kriegsunternehmung die Schwierigkeiten der inneren Lage zu überwinden. Ist der vorhanden und wird er das erforderliche Ansehen gewinnen? Das alles „liegt noch in dem Schoße der Götter“.

Die Bolschewiki verlangen einen sofortigen Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten.

Aus Anlaß der Noten Englands und Frankreichs auf die Forderung der provisorischen russischen Regierung nach Revision der Kriegsziele hat das Zentral-Komitee der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Gruppe Lenin, Bolschewiki) folgende Resolution beschlossen:

1. Die Sonntags veröffentlichten offiziellen Noten der englischen und französischen Regierungen, die als Antwort auf die Aufforderung der russischen provisorischen Regierung dienen, beweisen noch einmal, daß die imperialistische Bourgeoisie der Entente-Länder sich auf den Standpunkt des „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen“ zu stellen nicht gewillt ist. Aus diesen Noten spricht deutlich einerseits der Wunsch, den Krieg bis zum siegreichen Ende, d. h. bis zur Ausräumung aller annexionsistischen Gelüste zu führen und andererseits die Bestrebung, im Bunde mit der russischen Bourgeoisie, die russische Armee in ein passives Werkzeug dieser Politik der Verlängerung des Weltkriechens, der internationalen Ausplünderung und der Vergewaltigung der Völker zu verwandeln.

2. Damit brach zusammen die Politik der provisorischen Koalitionsregierung, die dem Lande versprochen, durch diplomatische Verhandlungen mit den imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs den Frieden und den Verzicht dieser Regierungen auf Annexionen zu bringen. Die zynischen Erklärungen der „Verbündeten“ Imperialisten, daß sie auf Annexionen nicht verzichten, hat die Hülsen von der Regierungslozung der „Offensiv“ fallen lassen.

Von heute ab ist die Propaganda der Offensive seitens Rußlands ungetrennbar und offen für das ganze Volk, mit einer faktischen Unterstützung des imperialistischen Krieges und seiner Verlängerung im Interesse der russischen Ententebourgeoisie identisch. Diese Politik ist desto verwerflicher, da sie das Leben von Millionen russischer Bürger und die ganze Zukunft der arbeitenden Klassen Rußlands, fremder Völker, auf die Karte stellt. Sie führt zur Auferhebung der Gewaltpolitik in der Armee. (Auflösung der Regimenter, Verhaftung wegen Reden, Prozesse usw.) Sie zerlegt die Armee, kräftigt die kontrerevolutionären Elemente auf Kosten der revolutionären, bereitet den Boden für den Bonapartismus und artet faktisch in einen Kampf mit allen Mitteln gegen die extremrevolutionären und internationalistischen Elemente der Armee aus.

3. Die für die Revolution verderblichen Resultate der Politik der Verbündung der provisorischen Regierung und der sie unterstützenden Parteien der Menschewiki und Narodniks mit den imperialistischen Regierungen und noch verderblichere Resultate der Politik der Offensive müssen auf der Stelle liquidiert werden durch eine Revision der bisherigen Politik des A. u. S. Deputiertenrates.

4. Die Tatsache des Zusammenbruchs dieser Politik soll den breitesten Massen der arbeitenden Bevölkerung die Augen öffnen und sie nötigen, klar einzusehen, daß es keinen Ausweg aus der verzweifeltsten Lage gibt, wenn man nicht folgende Maßnahmen ergreift:

- 1. Der A. u. S. Deputiertenrat wendet sich sofort an alle Arbeiter und Soldaten aller kriegführenden Länder mit einem Aufruf, indem er erklärt
 - a) er lehnt alle annexionsistischen Kriegsziele der russischen wie der deutschen, der anglo-französischen, wie allen anderen Bourgeoisien ab.
 - Als Annexionen bezeichnet er: Das Festhalten der während des Krieges okkupierten Gebiete, wie der Kolonien, gleichwie das Festhalten von rechtslosen Völkern, die durch Gewalt dem gegebenen Staate angegliedert wurden oder in seinem Verbands ohne ausdrückliche Zustimmung zurückgehalten werden.
 - b) er erklärt die geheimen Verträge, die der Zar mit den imperialistischen Regierungen geschlossen hat, als unverbindlich für die arbeitenden Massen Rußlands. Er fordert auf, alle Maßnahmen zu ergreifen zur Aufhebung aller diplomatischen Geheimnisse zur Veröffentlichung der Verträge. Dies ist ein Schritt zur Befreiung der arbeitenden Massen aller Nationen vom dem Betrug seitens der imperialistischen Regierungen, wie auch von ihrer Herrschaft.
 - c) er fordert alle unterdrückten Klassen aller Länder auf, durch die proletarische Revolution gegen ihre imperialistischen Regierungen in ihren eigenen Ländern den Kampf zu unterstützen, den die russischen Arbeiter gegen die Angriffe des deutschen Imperialismus führen, wie gegen die Bestrebungen des russischen und Ententeimperialismus, die russische Revolution durch die Verlängerung des Krieges zu vernichten.
- 2. Um die angeführten Aufgaben zu verwirklichen, um die Freiheit zu retten, um den Frieden durchzuführen, um Hunderte Millionen Arbeitenden, die in vielen Ländern am Rande des Abgrunds stehen, vom Hunger und wirtschaftlicher Desorganisation bedroht, zu retten, nimmt der Rat die Regierungsmacht in seine Hände, um den imperialistischen Krieg möglichst schnell zu beenden.
- 3. Die so entstandene russische Regierung wendet sich sofort an alle kriegführenden Regierungen und unabhängig davon an alle arbeitenden Klassen dieser Länder mit klarer Darlegung der Friedensbedingungen und einem Vorstoß der sofortigen Friedensverhandlungen. Nur dieser Schritt wird die arbeitenden Klassen Rußlands aus der verwickeltesten und politisch unerträglichsten Lage herausführen, in der sie sich befinden, dank dem Bündnis mit dem russischen wie dem,

Ententeimperialismus: er wird diese Regierungen entlarven, wird ihnen die Möglichkeit der weiteren Beherrschung der unterdrückten Klassen nehmen und wird der proletarischen Weltrevolution den Weg bahnen.

IV. Der Rat wendet sich an die Armee mit einem Aufruf, der die Lage darstellt, in die das revolutionäre Russland durch die imperialistischen Pläne der deutschen wie der anglo-französischen Bourgeoisie versetzt wurde. Er wird die Armee auffordern, alle ihre Kräfte anzuspannen, eine starke freiwillige Organisation und revolutionäre Disziplin durchzuführen, damit sie eine Kraft bilde für die Uebergangszeit, bis die Regierungen und die Arbeitermassen der kriegsführenden Länder auf die Friedensvor schläge antworten.

Der U. u. S. Rat hebt alle Verfügungen der letzten Tage, die gegen die nationalitätlichen Elemente der Armee gerichtet sind, auf. Der U. u. S. Delegiertenrat greift zu den energischsten Mitteln, um die Kapitalisten zu bändigen, ihnen die Standalone Profite zu nehmen, die sie auch jetzt noch einheimen, ihre Unternehmungen unter eine wirkliche Kontrolle der Arbeiter zu stellen, er führt die Arbeitspflicht durch, um der Armee die Zufuhr der ihr unentbehrlichen Produkte zu sichern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu den Unruhen in Stettin, Düsseldorf und Gleiwitz.

Über die Lebensmittelunruhen, die vor einigen Tagen in Stettin, in Düsseldorf und in zwei Orten Schlesiens (Gleiwitz und Hindenburg) sich ereigneten, liegen jetzt amtliche Meldungen vor. In allen diesen Orten sind aber die Unruhen wieder beigelegt worden. In Düsseldorf hatten sich halbwüchtige Burschen, Kinder und Frauen zusammengedrängt und Lebensmittelverpackungen geplündert. Bezeichnend sei, daß in erster Linie Alkohol geraubt wurde. Ein großer Teil der Lebensmittel sei auf der Straße verstreut und zertreten worden. Feindliche ausländische Arbeiter hätten an den Ausschreitungen erheblichen Anteil genommen; sie seien bedauerlicherweise von den Einheimischen in Schutz genommen worden. Der Belagerungszustand, der über Düsseldorf-Stadt und -Land verhängt wurde, ist wieder aufgehoben worden. Die Unruheführer seien vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt und bereits bestraft worden. Es seien Strafen bis zu 6 Jahren Zuchthaus ausgesprochen worden. Ein Einschreiten des Militärs hat nicht stattgefunden.

In Gleiwitz und Hindenburg kam es nur zu geringen Krawallen. In beiden Orten wurde Militär hinzugezogen; geschossen wurde jedoch nicht. Zurzeit herrscht auch hier Ruhe. Alle Versammlungen, die die Störung begünstigen können, wurden verboten. Die Ruhestörungen werden auch hier auf ausländische Heizer, die hier zuzogen, zurückgeführt. Alle Gerüchte über viele Tote sind falsch. Zum Waffengebrauch ist es überhaupt nicht gekommen. Die Polizeistunde wurde auf 10 Uhr festgesetzt. — In Stettin sind die einschränkenden Bestimmungen wieder aufgehoben worden.

Der Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge verabschiedet einen Entwurf.

Der Ausschuss für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist mit seiner öffentlichen Betätigung, die er für die Kriegsbeschädigten veranlaßt, selbst von der Militärverwaltung abgeschüttelt worden. Der Ausschuss sieht sich nunmehr veranlaßt, seinem Auftrag zur Sammlung eines längeren Kommentars zu geben, aus dem wir die nachfolgenden Stellen herausgreifen:

„... Der Reichsausschuss hat nicht im entferntesten daran gedacht, durch eine allgemeine Sammlung eine Entlastung des Reiches auf dem Gebiete der Rentenverwaltung anzustreben. Aber auch bei denkbar günstigstem Ausgang des Krieges und bei weitherzigster gesetzlicher Regelung ist es vollkommen ausgeschlossen, auf gesetzlichem Wege allein in jedem Falle zu helfen, wie es unserem vaterländischen Empfinden entspricht. Jede gesetzliche Regelung trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit des Einzelfalles gerecht zu werden. Die Praxis der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge hat erwiehen, daß nur zu oft Fälle übrig bleiben, in denen schnell und weitgehend geholfen werden muß, wie es eben nur die freiwillige Liebestätigkeit kann. Auch die vom Kriegsministerium bewilligten Ergänzungsgewinne des Härteausgleichsfonds können nicht völlig ausreichende Hilfe bringen. ... Dann denke man auch an die Fälle derjenigen Kranken oder sonstwie Beschädigten Kriegsteilnehmer, die nach dem Gesetze ohne Rente entlassen werden müssen (Rentenlose) und daher vielfach ganz auf die freie Liebestätigkeit angewiesen sind. Auch zur tatkräftigen Durchführung der Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Anpflanzung der Kriegsbeschädigten, zur Fürsorge für Sieche und ihre Familien sind neben den Zuschüssen, die das Reich gewährt, beträchtliche Mittel der freien Liebestätigkeit unentbehrlich.“

Diese Ausführungen können keinen Menschen von seinem Gundsache abbringen, daß für die Kriegsbeschädigten vom Reich so georgt werden muß, daß eine private und freiwillige Fürsorge unnötig ist, denn diese führt nur zu Willkürlichkeiten und zur Ungerechtigkeit. Es wäre eine Schande, wenn das Reich für die Kriegsbeschädigten nicht selbst ausreichend sorgt.

Das Kapital wendet sich dem Lande zu.

In den agrarischen Blättern füllen jetzt die Inzerate, in welchen Güter zum Kauf gesucht werden, ganze Seiten. Offenbar glauben die Kapitalisten, daß sich nach dem Kriege ihr Kapital in der Landwirtschaft besser verzinst, als in einem Teile der Industrie. Das geht auch aus einem Schreiben der Berliner Bankfirma Michael Roggenstein hervor, das in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlicht wird. Es lautet:

„Sr. Hochwohlgeboren Herrn Besitzer des Rittergutes Ringhofen, Kreis Erfurt, Post Mühlberg. Sehr geehrter Herr!

Hierdurch möchte ich mir die höfliche Anfrage erlauben, ob Sie geneigt wären, Ihr Rittergut Ringhofen bei voller Auszahlung Ihres Guthabens zu verkaufen, in welchem Falle ich Ihnen einen schnell entschlossenen Käufer nachweisen könnte. Da sich noch gar nicht absehen läßt, was aus diesem Kriege werden wird, so empfiehlt es sich für jeden Besitzer, sein Geld in Sicherheit zu bringen und deshalb dürfte es Ihnen gemiß sehr angenehm sein, von mir diese Anregung zum Verkaufe zu erhalten. Ich wäre Ihnen für eine baldgegl. Uebermittlung aller Daten mit dem besten Willen sehr verbunden. In ausführlicher Schriftliche Angaben sein werden, desto schneller wird der Ab-

Der amtliche Kriegsbericht.

REB. Großes Hauptquartier, 3. Juli. (Amtlich.) Erst gestern Abend lebte allgemein die Feuerstätigkeit auf. Sie erreichte im Parnassus-Schnitt erhebliche Stärke.

Bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hatten einzelne Vorstöße in die englischen Linien nördlich des Kanals von La-Basse, westlich von Lens und bei Bullecourt gute Erkundungsergebnisse. Auch bei einem Postengefecht bei Hardicourt, nordwestlich von St. Quentin, wurden von uns Gefangene gemacht und Kriegsgefangene geborgen.

An der Front des Kronprinzen suchten wiederum die Franzosen die verlorenen Gräben an der Hochfläche von La Bouelle und auf dem linken Maasufer zurückzugewinnen. Südlich von Cerny brachen zwei Angriffe in unserer Abwehrwirkung verlustreich zusammen.

Im Walde von Woodcourt und an der Höhe 304 verhinderte unser Vernichtungsfeuer die zum Angriff bereitgestellten feindlichen Sturmtruppen, die Gräben nach vorwärts zu verlassen. Am 30. Juli, in der Champagne, gelang ein einzelnes Unternehmen wie beabsichtigt. Die Erkunder brachten Gefangene und Beute zurück.

Sechs feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen, eines davon durch Rittmeister Jhr. von Kisthosen.

Deutlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Während zwischen der Ostsee und dem Pripiet die Gefechtsstätigkeit nur bei Riga und Smorgon sich steigerte, war der Feuerkampf Karl am Mittellauf des Stohob, wo russische Teilangriffe an der Bahn Kowel-Luck verlustreich scheiterten und südwärts bis an die Flota Dipa. Dort hat die Schlacht in Ostgalizien ihren Fortgang genommen.

Ueber die Höhen des westlichen Strypa-Flusses vorbrechend, gelang es russischer Massenangriffen, die Einbruchsstelle des Vortages nordwärts zu erweitern. Das Eingreifen unserer Reserven gebot dem Feinde Halt.

Bei Koriuchy sind vor- und nachmittags starke Angriffe der Russen vor den neuen Stellungen unter schweren Verlusten zusammengebrochen. Weiter südlich fand der Feind bisher nicht die Kraft, seine Angriffe gegen die Höhenstellungen bei Brzezan zu erneuern.

In den Karpathen, in Rumänien und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Schluss erfolgen. Sie könnten sich der sorgfältigsten Wahrnehmung Ihrer Interessen und der diskretesten Bearbeitung des Verkaufs verpflichtet halten.

Hochachtungsvoll

Das agrarische Blatt bemerkt zu dem Schreiben, die Differenz sei offenbar an zahlreichere Rittergüter in gleicher Weise hinausgeschickt worden. Die Firma Roggenstein suche also im großen Güter aufzukaufen, und man könne annehmen, daß sie einen so umfassenden Versuch kaum machen würde, wenn nicht schon verhältnismäßig zahlreiche Verkäufe vorausgegangen wären. Somit bestätige dieses Angebot weiterhin die Befürchtung, daß in der Kriegszeit viele Güter, namentlich solche, die im Felde den Herren oder Erben verloren haben, in die Hände städtischer Kapitalisten übergegangen sind und weiter übergehen.

Die Obstalamität.

Das mit der Reichsstelle verbundene Landesamt für Gemüse und Obst erläßt für die preussischen Lande folgende Anordnung:

1. Der Absatz von Obst an den Betriebsstätten der Erzeuger (Wirtschaftshöfe, Gärten, Baumpflanzungen) und in deren Nähe unmittelbar an Verbraucher (Großverbraucher und Kleinverbraucher) ist täglich nur in den Morgenstunden zwischen 6 und 8 Uhr gestattet. Auch dürfen innerhalb dieser Zeit an eine und dieselbe Person nicht mehr als zwei Pfund Obst abgegeben werden.
2. Desgleichen ist es in Ortschaften (Städten und Landgemeinden) mit mehr als 10 000 Einwohnern verboten, im Kleinhandelsverkehr einschließlichs des Handels im Umherziehen an eine und dieselbe Person innerhalb des gleichen Tages mehr als zwei Pfund Obst abzugeben.
3. Der Absatz an Obsthändler bleibt durch die vorstehenden Vorschriften unberührt. Jeder Obsthändler muß aber in der Lage sein, sich als solcher auszuweisen.
4. Die Vorstände der Kommunalverbände (Stadt- und Landkreise) sind befugt, für ihre Gebiete oder einzelne Teile Ausnahmen von den Vorschriften zu 1 und 2 zuzulassen, auch allgemein zu bestimmen, daß die zu 1 vorgesehene Verkaufszeit auf andere Tagesstunden verlegt und die zu 2 vorgesehene Höchstmenge für einzelne Obstsorten anderweit festgesetzt wird.
5. Mit Gefängnis bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft, wer den vorstehenden Anordnungen zuwider Obst absetzt oder erwirbt.
6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Amnestie. Der Kaiser hat allen vor und während des Krieges wegen Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufruhr, gewaltsamen Handelns, sowie wegen Vorhubsleistung zu einer dieser Straftaten verurteilten Personen die Strafe erlassen. Die Strafe wird auch nachgelassen, wenn bei mehreren Straftaten die anderen Handlungen entweder verhältnismäßig gering oder vorwiegend politischer Natur sind. Auch die Einstellung schwebender Verfahren ist verfügt worden. Wer städtig geworden ist wird von dieser Amnestie ausgenommen. Amnestie, die manche Härten der Justiz mildert, nicht betroffen.

China.

China wieder Monarchie? Einer Reitermeldung aus Peking zufolge suchte der Führer der chinesischen Militärpartei, General Liang Shun, am 1. Juli, 3 Uhr morgens, dem Präsidenten der Republik auf und verlangte seinen Rücktritt, wobei er ihm die Mitteilung machte, daß der junge Mandchukaiser Huanlung den Thron wieder zu bestiegen hätte. Kaiser Sunantung verkündigte, wie Reuter am 2. Juli aus Shanghai meldet, seine Thronbesteigung.

Ernährungsfragen.

Das Elend mit dem Obst.

Das wilde Durcheinander in der Frühobstversorgung, das wir heute allenthalben beklagen hören, ist von uns im März d. Js. vorausgesehen worden. Wir haben damals die Reichsverteilstelle für Obst und Gemüse gewarnt, den gleichen Weg zu beschreiten wie im Jahre 1916. Da aber in Berlin Rückschlüsse anscheinend prinzipiell nicht beachtet werden, sehen wir nunmehr das grausame Spiel des Vorjahres noch um einige absehbare Striche verbessert. Höchstpreise ohne Beschlagnahme bleiben ein Hammer ohne Stiel. Was sich jetzt in den Städten abspielt, ist geradezu eine Organisation der Unfähigkeit.

In die Markthallen kommt kein Obst, trotzdem es draußen vor den Toren in Hülsen und Fülle wächst. Ja noch mehr: sogar die Kürbisse, die innerhalb der Stadtmauern reifen, gehen weit über dem Höchstpreis an unbekannte Großverkäufer. Tage um Tage stehen sich die Arbeiterfrauen die Stunden ab, immer klingt es ihnen entgegen: „Nichts mehr da — schon verkauft!“

Auf das Land hinaus fahren nun die Leute, um sich direkt beim Erzeuger einzudecken. Dadurch aber treiben sie die Preise in schwindelnde Höhen, denn bei diesem Handel ist jede Kontrolle unmöglich. Wahnsinnige Preise zahlen die, die es können, für alle Mengen, die anderen stehen vor den leeren Körben. Es ist ein Jammer, daß all dieser Wirrwarr nur eingetreten ist, weil man nicht den entscheidenden Schritt tat, das Obst zu beschlagahmen.

Wäre den städtischen Lebensmittelämtern die beschlagahmte Obsterte zur Verfügung gestellt worden, die sie zur Verteilung an die Kleinämter gebracht hätten, wo durch das Vorbestellsystem jeder seinen Teil nach Maßgabe des Vorhandenen bekommen hätte, dann wäre wenigstens jeder leicht und ohne Mühe in den Besitz eines kleinen Quantums gekommen. Heute sieht nur der mit langen Armen und großer Geldtasche etwas von Frühobst. Die anderen lesen inzwischen eine amtliche Bekanntmachung, daß sie Obst dürfen sollen, „damit nichts umkommt“. Welcher Hohn, wo doch nichts zu erhalten ist.

Wir sind nicht neugierig. Aber wissen möchten wir doch, ob die Organisatoren in Berlin auch für das Spätobst das gleiche System für gut halten; weiter: wie viel Entlastung und Umnutzung sich erst noch ansammeln muß, um die Reichsstelle für Obst und Gemüse auf den Weg zu drängen, auf dem jeder zu seinem Rechte kommen muß.

Aus Sibirien und den Nachbargebieten.

Dienstag, 3. Juli.

Weiß keiner . . . ?

Weiß keiner, wann wohl aus dem Staub
Die Völker schamvoll sich erheben . . .
Wann — müde einst von Gier und Raub —
Sie alle wieder sonnwärts streben . . .
Wann wohl des Schnitters Sichel ruht . . .
Und wann auf der gestampften Erde
Bereibt die große rote Flut . . .
Wann alles Leid einst schlafen werde? —

Weiß keiner, wann die Nacht und Not
Zerbricht in erdenweiter Kunde . . .
Und wann der letzte Haß verlohnt . . .
Wann aus der Seele goldnem Grunde
Die große Liebe aufersteht — —
Und treuer Glaube, Kinderhoffen
Entheiligt einmal erhöht . . .
Wann ist der Himmel wieder offen? —

Weiß keiner, wann die letzte Schlacht
Den blut'gen Erdball dumpf durchdröhne . . .
Und wann des gleichen Leides Nacht
Die Völker alle einst verjöhne? —
Weiß keiner, wann die Kraft, die steht,
In aller Herzen einst wird thronen . . .
Wann Mensch zu Mensch sich Schuld vergibt,
Und Friede wird auf Erden wohnen? —

Frank Maslke.

Die Bürgerchaft hatte sich in ihrer geheimer Sitzung zunächst mit der weiteren Verlängerung der Mandatsdauer ihrer Mitglieder um 2 Jahre zu beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte durch Genossen Löwigt, die Verlängerung nur um ein Jahr zu beschließen, damit die Wähler nach Friedensschluss sobald als möglich ihre Stimmen zur Geltung bringen können. Die Mehrheit entschied sich jedoch für den Senatsantrag, der in der nächsten Sitzung zur zweiten Lesung stehen wird.

Ohne Debatte genehmigte die Bürgerchaft den Senatsantrag auf Vereinfachung von weiteren 120 000 Mk. für die Unterstützung von Familien in der Heeresdienst eingetretener Mannschaften.

Zu einer Aussprache über die Feuerungsverordnung unserer Bevölkerung gab die Senatsvorlage auf Nachwilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben für die Gaswerke Veranlassung. Vor kurzem hat der Bürgerausschuss auf Antrag von Hoff beschloffen, den Senat um schnelle Regelung dieser wichtigen Angelegenheit zu ersuchen. Bisher hat man aber noch nichts darüber gehört, was von jener Seite beabsichtigt wird. Vom Genossen Löwigt wurde hervorgehoben, daß es große Wichtigkeit in den Kreisen der weniger bemittelten Volksschichten hervorgerufen habe, wenn sie sehen, daß die mit Feuerungsmaterial beladenen Fuhrwerke ihre kostbare Last nach den Villenorten fahren, während die kleinen Leute am Kanal stundenlang auf einen Zentner Brennstoff warten müssen. Es sei dringend notwendig, zweckmäßige Maßnahmen zu ergreifen. Herr Albers, der diese Sache angeschnitten hatte, äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Beim Senatsantrag auf Erwerb von Grundstücken für die Erweiterung des Krankenhauses wünschte Genosse Chlets eine ausreichende Befähigung der Kranken, die nach ihm aus mangelnden Mittelungen nicht immer erfolge. Eine Reihe wei-

terer Senatsvorlagen wurde ohne erhebliche Aussprache angenommen.

Bzüglich der Erbauung von Bühnen zum Schutze des Brodtener Ufers erklärte Herr Senator Dr. Stook, daß die erforderlichen Arbeiten infolge Arbeiter- und Materialmangels, sowie aus anderen Gründen während des Krieges nicht ausgeführt werden könnten.

Dann gelangte die Resolution der Lübecker Gewerkschaften betreffend die hiesige amtliche Jugendfürsorge zur Besprechung. Genosse Löwigt hob hervor, daß die Objekte dieser Jugendfürsorge in erster Linie Kinder der Arbeiter seien, und daß deshalb sowohl praktische Gründe als auch solche einfaßer Gerechtigkeit dafür sprechen, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei der amtlichen Jugendfürsorge, die sich immer weiter ausdehne, zu gewähren.

Eine lebhafteste Ernährungsdebatte knüpfte sich an die Anfrage des Herrn Henk, der sich darin erkundigte, welche Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen der Feld- und Flurdiebstähle in Aussicht genommen seien.

Große Freude in den Lübeckischen Kreisen wird erfahren. Sie haben nämlich irgendwo geleitet, daß ein sozialdemokratischer Gelehrter im Sozialdemokratischen „Volksfreund“ die „moralische Sicherheiten und geistige Untergründe“ beim Verstandesflug eintritt.

Grundstücksmarkt, Hypothekerverkehr, Bautätigkeit. Ueber diese drei Dinge macht der Vierteljahrsbericht des hiesigen Statistischen Amtes für das 1. Quartal folgende Angaben (die eingeklammerten Ziffern sind diejenigen des gleichen Zeitraumes des Vorjahres): Die in den letzten Vierteljahrsberichten festgestellte Belebung auf dem Grundstücksmarkt hielt weiter an.

Die Zahl der freihändig verkauften Bauplätze stellte sich auf 9 und der für sie gezahlte Preis auf 168 131 Mk., gegenüber dem Vorjahre mit nur 4 Bauplätzen zum Preise von 62 260 Mk. eine erhebliche Zunahme und offensichtlich ein Anzeichen dafür, daß die Bautätigkeit allmählich wieder in Gang kommt.

pb. Mittels Einbruches sind am 1. d. M. aus einem Hause der Mollinger Allee folgende Sachen gestohlen worden: eine lange feingliedrige goldene Damenbrille, eine runde goldene Brosche mit Akeblatt und einem weißen Stein, eine längliche mattgoldene Brosche.

pb. Warendiebstahl und Diebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Lagelstraße wohnhafter Tapezier, der wiederholt aus einem in der Engelsgrube gelegenen Lagerpfeiler einer hiesigen Expeditionsfirma von dort lagernde Waren gestohlen hatte.

Neuämter. Die fortschrittliche Volkspartei für die Provinz Schleswig-Holstein und die Hansestädte Hamburg und Lübeck hielt hier am Sonntag ihren Parteitag ab. Der ehemalige Staatssekretär Dernburg hielt dort einen Vortrag, in dem er für einen Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegsverpflichtungen eintrat.

Kleinen. Zug entgleist. Am letzten Donnerstagabend gegen 6 1/2 Uhr entgleiste der von Büsum kommende Güterzug beim Bahnhof Lab. Kleinen.

Dömitz. Vom Blig erschlagen. Die Tochter des Eigentümers Grabow in Grambow war mit einem Knifen und einem Arbeiter beim Weizen beschärfen, als plötzlich ein Blig herüber alle drei Personen zu Boden lag.

Dömitz. Eine Frau von einem Bullen getötet. Auf dem Gute Wörlich aing die 24jährige Arbeiterin Rosa Gamba mit ihrem Kinde auf die Koopel, wo ein Bulle auf sie zuhürzte und der jungen Schwägerin einen derartigen Stoß gegen die Brust verriecht, daß Mutter und Kind zur Erde fielen.

Aus Nah und Fern.

Ein elektrischer Zug in den Niagara-Fluß gekürzt. „General News“ meldet aus Buffalo: Ein elektrischer Zug ist in den Niagara-Fluß abgestürzt. 80 Personen sind ertrunken.

Neueste Nachrichten.

Ein Ruf an die Regierung.

Berlin, den 3. Juli. Folgende Erklärung wird heute in den Zeitungen veröffentlicht:

„Der große Kampf, in dem das deutsche Volk steht, ist noch nicht beendet. Die Unterzeichneten haben bisher meist der Auffassung gehuldigt, daß die Verheißungen der kaiserlichen Osterbotschaft, zur Vermeidung gar zu harter innerer Kämpfe, in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens durchzuführen seien.“

Ein solcher Zweifel ist heute unerträglich. Um das deutsche Volk in dem Vertrauen zu erhalten, auf das es ein Recht hat, ist es notwendig, ohne Verzug die Hand ans Werk zu legen. Wir stehen daher nicht an, die Forderung des Tages öffentlich zu erheben: daß die Regierung dem Landtage unverweilt eine Wahlreform vorlege, die nicht nur das allgemeine, direkte und geheime, sondern auch das gleiche Stimmrecht bringt, und daß die Regierung auch sonst dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient.“

30. Juni 1917. Professor Hans Delbrück, Oberbürgermeister Dominicus, Professor Emil Fischer, Wirkl. Geh.-Rat, Ad. v. Harnack, Wirkl. Geh.-Rat, Professor Friedrich Meinecke, Graf Monts, Reichsgraf a. D., Professor Walter Kernst, Dr. Paul Kohrbach, Dr. Friedrich Schimke, Professor Ernst Troeltsch.

Berlin, 2. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 26 700 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich u. a. ein unter Steuerung fahrender englischer Dampfer von etwa 5000 Brutto-Registertonnen mit Kohlenladung, ein sehr großer, gesicherter, bewaffneter englischer Dampfer, dessen Kapitän gefangen genommen wurde, und ein gesicherter, bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen „Dover Castle“ (8200 Brutto-Registertonnen). Zwei versenkte Segler hatten Fische und Stückgut geladen.

Frankfurt a. M., 2. Juli. Die Besetzung der Wehrzahl der in Seltsingens liegenden Kriegsschiffe, einschließlich des Admiralschiffes, erhob nach einer Stockholmer Meldung der „Frankf. Zeitung“, feierlich Protest gegen die Entsendung weiterer russischer Truppen nach Frankreich, solange dieses den russischen Friedensbestrebungen entgegensteht.

Amsterdam, 2. Juli. Infolge der schon gemeldeten Ausbreitung der englischen Gefährzone in der Nordsee weigern sich die holländischen Versicherungs-Gesellschaften, bei eventuellen Unglücksfällen die Versicherungen auszusahlen.

Serantwortlich für die Abdruck „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwart, Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Allen Verwandten und Bekannten sowie den Anverwandten u. Freunden der Lübecker Genossenschafts-Bank für die Gratulationen und Geschenke zu unserm 100ten Geburtstag dankend.

A. Lewitz u. Frau
geb. David. 1895

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.
Als weitere Opfer des blutigen Weltkrieges fallen unsere Genossen
Willy Ehmke
Hans Stegmann.
Wir werden ihnen ein ehrenvolles Andenken bewahren.
1918 - Der Vorstand.

Heinrich Weissmann
Erna Weissmann
geb. Wulf
Kriegsgebräut. (1629)
Den 20. Juni 1917.
Lübeck im Felde, z. Zt. a. Urlaub.

Dr. Hennings
verreist am 6. Juli.

M. Marcks (1691)
Zahn-Praxis
Breite Straße 56.
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herabnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Täglich:

Platzverkauf von Braunkohlen und Holz.
Heinr. Boye, Lindenstr. 17a.
Fernsprecher 913. (1692)

Visitenkarten
befert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt
Meggendorfer-Blätter
München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— 9
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probestummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt
Preis 10 Pfg.
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
sämtlicher am Hafen beschäftigten Arbeiter
am Mittwoch, dem 4. Juli 1917
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung der Lohnkommission über die Verhandlungen mit dem Reederei-Verein.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
1639 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 5. Juli
abends 8 1/2 Uhr
bei G. Ehlers, Högstr. 110.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kassieren der Beiträge.
2. Quartalsbericht.
3. Bericht von der Interessengemeinschaft.
4. Eingänge.
1634 **Der Vorstand.**

Pflicht und göttlich unerwartet erhielten wir am 2. Juli die festtraurige Nachricht, daß unser hoffnungsvoller guter einziger geliebter Sohn, der Musiker
Hans Dechow
im blühenden Alter von 21 Jahren am 27. Juni in Russland durch eine Granate sein junges Leben lassen mußte.
Die tiefgebeugten Eltern
Ludw. Dechow, Töpfer, und Frau Johanna geb. Ploetz.
Reiterstraße 32.

Stadthallen-Sommertheater
1636
Dienstag, den 3. Juli 1917:
Zum letzten Male:
Die beiden Seehunde.
Mittwoch, den 4. Juli 1917:
und
Die Landstreicher.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min. Unter anderen Mitteilungen erwähnt der Wortführer den Eingang einer Resolution des Gewerkschaftsartikels und den Antrag von Dr. Görz, der den Weiterbau der Straßenbahn von Rüdlich nach Travemünde betrifft. In diesem ist gesagt, daß der Bau sehr notwendig ist und daß ein günstiges finanzielles Ergebnis zu erwarten sei, zumal ja auch auf der Linie Bahnhof-Rüdlich steigende Einnahmen zu verzeichnen sind.

Der Senat gibt unter anderm bekannt, daß ein 190 Quadratmeter großes Grundstück am Bahnhof, das zu Windschuhbauern ausersehen ist, an eine Hamburger Firma für 40 Mark für das Quadratmeter verkauft wurde.

1. Antrag: Weitere Verlängerung der Amtsdauer der derzeitigen Mitglieder der Bürgerschaft.

Löwig: Ich bedaure außerordentlich, daß wir noch immer unter Verhältnissen leben müssen, die eine Bürgerwahlen, an der alle Wähler teilnehmen können, leider nicht gestatten. Unter diesen Umständen sind auch wir für eine weitere Verlängerung der Mandatsdauer der Bürgerschaftsmitglieder. Der Senat wünscht eine solche um zwei Jahre. Nach unserer Meinung ist dieses das Beste zu tun. Wenn der Krieg zu Ende sein wird, wissen wir noch nicht, aber wir hoffen, daß es in nicht allzu ferner Zeit der Fall ist. Auch der Senat hegt die Meinung, der Krieg werde noch in diesem Geschäftsjahr wenigstens beendet sein. Diese Ansicht steht nämlich in seiner Vorlage betr. die Hausfeuerwache. Ist man der Meinung, daß in diesem Geschäftsjahr noch das Ende des Krieges zu erwarten ist, dann sollte man auch die Mandatsdauer der Bürgerschaft nur höchstens um ein Jahr verlängern. Sie wissen alle, wenn wir dem Antrage des Senats folgen, daß dann die Bürgermandate insgesamt zehn Jahre laufen. Eine viel zu lange Zeit, die allerdings nicht durch unsere Schuld eintreten wird. Wir sollten aber doch die Verlängerung nicht größer bemessen, als irgend notwendig ist und da glaube ich, kommen wir mit einem Jahr aus. Es muß ja bald als möglich den Bürgern Gelegenheit gegeben werden, Stellung zu nehmen zu den Fragen, die wir hier verhandelt haben, damit sie diejenigen Männer in die Bürgerschaft senden können, die sie für ihre Vertretung für geeignet halten. Vor zwei Jahren hat auch der Senat diese Meinung zum Ausdruck gebracht, als wir uns mit derselben Frage beschäftigten. Ich stelle daher den Antrag, das Mandat um ein weiteres Jahr zu verlängern. Schon im Bürgerauschuss habe ich ihn gestellt, er wurde jedoch nicht angenommen. Gründe dagegen sind allerdings kaum angegeben worden. Wenn auch gewisse Schwierigkeiten vorhanden sein mögen, so sind sie doch nicht unüberwindlich. Ich bitte Sie, meinen Antrag zuzustimmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Bendera bedauert die Verlängerung der Mandatsdauer, die außerordentlich in Verhältnissen liegen jedoch eine längere Verlängerungsperiode nicht zu. Unsere Wahlen würden alle zwei Jahre stattfinden, eine nur einjährige Verlängerung wäre eine Durchbrechung unserer verfassungsmäßigen Verhandlungen und würde auch die Kommissionsverhandlungen stören, die sich mit der Wahlrechtsfrage befassen.

Der Senatsantrag wird in erster Lesung angenommen.

2. Antrag: Bereitstellung von 4 200 000 Mark für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften.

Wird debattellos angenommen.

3. Antrag: Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Ausgaben für die Gaswerke Lübeck im Rechnungsjahre 1916.

Albers kommt auf die Heizungsfrage zu sprechen und er sucht die Behörden, dem zu erwartenden Brennstoffmangel begegnen vorzubeugen. Es herrsche jetzt schon ein Mangel an Feuerungsmaterial.

Senator Dr. Eichenburg spricht sich im entgegenkommenden Sinne aus.

Löwig erinnert daran, daß der Bürgerauschuss in einer seiner letzten Sitzungen einen Antrag von Hoff angenommen habe, der auch verlangt, die Behörden mögen Maßnahmen ergreifen, die eine Sicherstellung auch der minderbemittelten Kreise unserer Bevölkerung in ausreichender Weise mit Feuerungsmaterial gewährleisten. Dieser Antrag wurde vom Bürgerauschuss einstimmig angenommen und ich hoffe, daß der Senat ihm folgt, denn es herrscht tatsächlich in der Bevölkerung eine große Erregung. Gerade die minderbemittelten Kreise haben schon müssen, wie die Wagen der Feuerungsunternehmer ständig in die Viertel der Wohlhabenden führen, während sie sich an den Kanal hinstellen und Hundstang werden müssen, um einen Zentner Britetts oder

auch nichts zu erhalten. Sie müßte die Unbilden der Witterung über sich ergehen lassen, um nur einen winzigen Bruchteil zu erhalten, während es den andern woggenweise zugeführt wurde. Daß das Mißverständnis erregt, liegt auf der Hand. Die Feuerungsunternehmer klagen über Wagen- und Pferdemangel. Das mag in gewisser Hinsicht richtig sein, entbindet sie aber nicht der Verpflichtung, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß auch die Minderbemittelten Feuerungsmaterial erhalten. Zu der ungenügenden Ernährung darf im Winter nicht noch die kalte Stube kommen, die Erbitterung würde dadurch nur noch gesteigert werden. Zu alledem steht für die Minderbemittelten, die sich nicht mit Feuerung versehen konnten, auch noch eine Erhöhung der Kotspreise in Aussicht. Die also am wenigsten haben, müssen auch noch den Kots am teuersten bezahlen. Der Senat und die Behörden müssen unter allen Umständen die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Lüth erklärt, jeder kleine Auftrag werde von den Händlern ebenso notiert wie der größere. Es gehe doch der Reich nach. Die Erhöhung der Kohlensteuer werde allerdings den treffen, der die Ware bis zu deren Eintritt nicht erhalten habe.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Erweiterung der Ermächtigung der Finanzbehörde zur Veräußerung von Industriegeländen.

Schulmerich kommt auf die Feuerung in dem Antrage zu sprechen. Die Staatsländer für Handel und Gewerbe zur Verfügung der Finanzbehörde zu stellen. Voriges Jahr habe der Senat noch gesagt, daß solche Mängel niemals für Lagerplätze hergegeben werden sollen. Für gewisse Zwecke müsse selbstverständlich auch dem Handel ein Platz zur Verfügung gestellt werden, doch müsse die Bürgerchaft das Mitbestimmungsrecht darüber behalten. Eine Veräußerung sollte man nur in dringenden Fällen vornehmen. Redner stellt zwei Änderungsanträge.

Senator Rabe gibt eine genauere Erklärung über den Begriff von Handels- und Industriegeländen.

Rom Senatstisch wird weiter der zweiten Abänderung Schulmerichs nicht entgegengetreten.

Lüth freut sich über den Senatsantrag, da ja an allen anderen Orten für Handel, Gewerbe und Industrie große Anstrengungen gemacht würden.

Riemann bringt besondere Wünsche beim Geländeverkauf in Schluß zu Sprache.

Der Senatsantrag wird mit einer Abänderung Schulmerichs mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Erwerb von Grundstücken für die Erweiterung des Allgemeinen Krankenhauses.

Schlers: Die Beschäftigung in Allgemeinen Krankenhäuser ist wie mir mitgeteilt wurde, in letzter Zeit nicht ausreichend. Wenn das tatsächlich der Fall sei, müßte er es tief bedauern. Denn wenn die Angehörigen der Kranken die Lebensmittellieferanten nicht mehr hätten, dann müßte dafür auch eine entsprechende Verpflegung gewährleistet werden. Von der Qualität wolle er gar nichts sagen, aber an der Quantität mangelte es. Jetzt müßten die Angehörigen der Kranken diesen tatsächlich Brot und Lebensmittel mitbringen und dafür selbst hungern. Die Behörde solle ihr Augenmerk auf diese Zustände richten und Abhilfe schaffen, wenn es sich so verhalte, denn die Krankenpflege zahle doch entsprechende Verpflegungskosten.

Der Senat sagt Prüfung der Angelegenheit zu.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Antrag: Gewährung einer Rente an die Witwe des Wagenführers der Lübecker Straßenbahn Chr. Wittjost.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7. Antrag: Verlesung des Enteiungsgesetzes an die Baubehörde zum Erwerb von Gelände für den Ausbau der Kehlhorststraße.

Heute kann einer Enteiung im Lübecker Freistaat nicht mehr zustimmen. Der Senat habe einstimmig Bestimmungsrecht. Eine Enteiung in der Landwirtschaft z. B. bedeute eine Vergrößerung, wie ein neuerlicher Fall in Dammersdorf beweise, der eine Kriegerröwe betroffen habe.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Besprechung des Senatsdekrets vom 11. April 1917, betr. Hinausziehung der Herstellung der zum Schutz des Brodtener Ufers anzulegenden drei Strandbahnen bis nach Beendigung des Krieges.

Senator Dr. Siobis erklärt, der Bau werde sobald wie möglich ausgeführt werden. Vorläufig ständen jedoch noch militärische Vorbehalte einer solchen Ausführung gegenüber. Eine Genehmigung habe der Senat beim Generalkommando nicht nachgefragt, weil viele erhebliche Gründe noch für ein Aufschieben der Arbeiten sprächen.

Sinkeldenn hat keine andere Antwort erwartet. Es sei sehr zu bedauern, daß der Schutz dieses Naturdenkmals noch auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werde. Man werde sich aber mit dem Gedanken einer bedeutend höheren Gelddauswendung vertraut machen müssen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Es folgt auf Antrag Löwigs die Verlesung der

Resolution der Lübecker Gewerkschaften, betreffend die hiesige amtliche Jugendfürsorge.

Löwig: In der Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß gerade in den Krisenperioden, die sich in Lübeck mit der Jugendpflege befassen, die Arbeiterchaft gar nicht vertreten ist. Als im Jahre 1914 hier beschlossen wurde, ein Jugendamt zu errichten, hat schon mein Fraktionskollege Dr. Schomer darauf hingewiesen, daß rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden müsse, auch Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen. Er hatte einen Antrag gestellt, der allerdings in der Bürgerschaft keine Annahme fand. Damals konnte man kaum übersehen, wie die Aufgaben des Jugendamtes gerade in den nächsten Jahren wachsen würden. Man dachte noch nicht an den Krieg und glaubte noch viele Friedensjahre vor sich zu haben. Die Aufgaben des Jugendamtes waren damals noch nicht von der schwerwiegenden Bedeutung wie jetzt. Das Jugendamt hat sich bei den verschiedenen Gelegenheiten geäußert, wurde auch gutachtlich gehört bei Maßnahmen, die besonders die Arbeiterjugend angingen. Als seinerzeit in den verschiedenen Korpsbezirken Deutschlands der Sparzwang eingeführt wurde, hat man sich auch in Lübeck im Kreise des Jugendamtes damit beschäftigt und auch für Lübeck einen Sparzwang beauftragt. Man hat aber der Arbeiterchaft keine Gelegenheit gegeben, im Kreise des Jugendamtes ihre Meinung dazu zu äußern. Seine Einführung sollte sich natürlich nur auf die Kinder des arbeitenden Volkes erstrecken. Es ist ein großes Unrecht, solch tief einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, ohne daß die Arbeiterchaft dazu etwas zu sagen hat. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterchaft im Jugendamt vertreten ist. Kürzlich hat sich ja der Bürgerauschuss mit der Errichtung eines Jugendfürsorgeamtes beschäftigt und den Antrag abgelehnt. Er wird aber wieder kommen. Es war ein Heim vorgelesen, das dazu dienen sollte, verwaiste junge Mädchen einer Zwangserziehung zu unterstellen. Das es sich auch hier in erster Linie um Kinder der Arbeiterchaft handelt wird, liegt auf der Hand. Auch hier ist die Vorlage auf das Jugendamt zurückzuführen, aber der Arbeiterchaft keine Gelegenheit gegeben worden, rechtzeitig ihre Stimme in die Waagschale zu werfen; das ist aber dringend notwendig. Ich glaube gern, daß im Jugendamt Leute sitzen, die überzeugt sind, das Beste zu tun, aber das gute Herz allein macht es nicht aus. Es müßten tiefere Kenntnisse vom Leben derjenigen vorhanden sein, die Objekte der Verhandlungen des Jugendamtes sind. Dieses tiefere Eindringen fehlt den Herren. Sie sind unter anderen Lebensbedingungen aufgewachsen wie die Arbeiter, deren Kinder ihrer Obhut anvertraut werden. Um dies selbst dreht es sich, weshalb auch Vertreter der Arbeiterchaft dabei sein müssen und ich nehme an, daß Sie die Resolution des Gewerkschaftsartikels unterstützen. Von uns ist im Bürgerauschuss wiederholt diese Forderung gestellt worden. Der Senat ist nach dem Geiste von 1914 vielleicht nicht in der Lage, jetzt solche Vertreter zuzulassen, da es nur einen Arzt, einen Geistlichen und eine Frau vorstellt. Aber was damals verurteilt worden ist, muß jetzt nachgeholt werden, deshalb ist es notwendig, daß die Bürgerschaft den Senat ersucht, hier Abhilfe zu schaffen. Ich heisse den Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher das Jugendamt so zusammengesetzt wird, daß auch die Arbeiter, durch eine ausreichende Vertretung erhalten, zu der die Arbeitnehmerorganisationen Vorschläge zu machen haben. Jugendpfleger sind auch aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen.

Wir legen besonderen Wert auf die Vorschläge der Arbeiterorganisationen, da diese den tiefsten Einblick in das Leben der Arbeiter haben. Sie wissen am besten, welche Leute sich dafür eignen und werden die geeigneten Vorschläge machen. Daß die Jugendpfleger auch aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen sind, müßte eigentlich selbstverständlich sein. Sie aus den Arbeiterkreisen zu wählen, bedarf wohl keiner Veränderung des Gesetzes. Wir haben allerdings leider die Beobachtung machen müssen, daß man die freiwillige Mitarbeit der Arbeiterchaft nicht gern sieht. Häufig haben wir schon gesagt, daß wir gerne in allen Körperchaften mitarbeiten wollen, doch wird diese Mitarbeit anscheinend wenig gewünscht. Daher kommt es, daß ein Teil der Herren über Überbelastung klagt. Wenn Sie den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen, können Sie sich entsetzen. Dann wünschen wir auch, daß Vertreter der Gewerkschaften in gewissen Fällen gehört werden sollen, wenn das Polizeiamt bei Inhaftierungen

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.
Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Therese lachte. „Aber auch nur eine in einer Stunde“, sagte sie, und dann beugte sie sich zu mir herüber und flüsterte mir zu, Besse sei gerade zwei Wochen nach der Ankunft ihrer Eltern in Amerika geboren.

„Besser spät als niemals“, lachte Besse und ging mit einem großen Korb voller Blumen an einen anderen Tisch hinüber, wo die Blumen zu Sträußen und Ranken gebunden wurden.

Gegen elf Uhr hatte ich zwei Duzend Stiefmütterchen fertig. „Das ist für eine Neue eine gut Leistung“, sagte Amelia.

Ich arbeitete mit größtem Eifer, denn nun begann ich zu hoffen, daß ich mich verhältnismäßig schnell einarbeiten würde. Blume um Blume bekam ihren grünen Gummitzettel um den Drahtstengel, dann wurde der Stengel noch ein wenig gebogen und die Blume an der langen Schnur über dem Tische aufgehängt. Fertig!

Ein viertel nach elf trat ein kleines Mädchen mit einem großen Blumenhut ein, fragte, was wir zum Frühstück wünschten und notierte sich alle Bestellungen auf eine Tafel. Besse erklärte mir, daß wir uns kaufen könnten, was wir wollten. Brot Butter, Eier, Kartoffeln usw., denn wir durften es dann über dem Gasofen kochen, den die Rosenarbeiterinnen zum Erwärmen ihrer Eisen brauchten.

Als die Kleine gegangen war, hörte ich, daß das Einkaufsamt mit zu ihrer täglichen Arbeit gehöre.

„Hat sie denn weit zu gehen?“

„Bis zur ersten Avenue.“

„Ja, fällt es ihr denn nicht schwer, den großen Korb so weit zu tragen?“

„O, das macht nichts! Im Gegenteil, je mehr sie zu tragen hat, um so froher ist sie, denn sie verdient zehn Prozent an sämtlichen Waren.“

Etwas vor zwölf Uhr kam die Kleine zurück.

„Nun, wieviel hast du heute verdient?“

„Einundzwanzig Cent“, sagte sie und wurde ganz rot vor Vergnügen.

Wenn Miß Higgins in ihre Jacke schlüpfte und ihren Hut aufsetzte, so war das das Zeichen, daß die Essenszeit gekommen war. Hundertundzwanzig Mädchen kamen hinter ihren Blumenbergen hervor, im Nu waren die Tische abgeräumt. Teller und Besteck wandten aus der Tiefe auf, auf den Gasofen begannen Pfannen und Kochtöpfe zu bruzeln, Kochmädchen in weißen Schürzen hülf-

ten hin und her, der Garten war mit einem Schläge in eine riesige Küche verwandelt und der ganze Betrieb rührte an, den wir von unserm Landausflügen in der Schulzeit in Erinnerung haben.

O, Springer! Wie so ganz anders sah es doch aus in dem Blumengarten von Rosenfeld! Es war auch nicht eine Arbeiterin da, die, wenn sie sich an den mit weißen Seidenervetten belegten Tisch setzte, nicht einen lauberen schwarzen Rock und eine schnee-weiße Bluse angehabt hätte.

Während wir aßen, hörte ich so mancherlei über die Arbeitsverhältnisse bei Rosenfeld und auch über Miß Higgins — wie glänzend es ihr gegangen war. Sie hatte als einfache Arbeiterin mit dreieinhalb Dollar in der Woche begonnen; nun bekam sie fünfzig. Sie hatte es zuerst zur geachteten Rosenarbeiterin von ganz Newyork gebracht, dann zur Zeichnerin und schließlich zur Inspektorin.

Den ganzen Tag arbeitete ich fleißig an meinen Stiefmütterchen weiter; gegen fünf Uhr kam Miß Higgins bei mir vorbei, besah sich meine Arbeit und sagte, sie sei sehr zufrieden mit mir, und ich soll vier Dollar in der Woche haben.

Gegen sechs Uhr machten wir wieder eine Essenspause; aber wir gönnten uns diesmal nur eine halbe Stunde, denn wir wollten gern bis halb zehn Uhr fertig werden, und gegen Abend wurde die Arbeit überdies durch die ausströmende Hitze der zahlreichen Gaslampen bei weitem beschwerlicher. Alle Gesichter sahen allmählich blaß und müde aus, und viele begannen — wie bei Springer — leise zu singen, nur um sich wach zu halten. Durch die geöffneten Fenster strömte der Abendwind herein und spielte mit den Blumen; ein warmer Frühlingregen rieselte über die schlafende Stadt herab. . . .

Einige Wochen vergingen. Ich machte nach wie vor vom Morgen bis zum Abend Stiefmütterchen, arbeitete bis halb zehn und ging dann „heim“ in meinen Schlafsaal. Es war fast, als wollten alle Frauen von der Welt dies Jahr nichts anderes als Stiefmütterchen auf ihren Hüften haben. Und dabei war doch unser Saal nur eine ganz kleine Abteilung von Rosenfelds riesiger Fabrik. Beilichen, Matglöcken, Apfelblüten und vor allem Rosen wurden in den anderen Abteilungen in noch weit größerem Maßstabe hergestellt als meine armseligen Stiefmütterchen.

Dreißig Mädchen machten in ihrer Abteilung überhaupt nichts weiter als Rosen. Die Rosenarbeiterinnen sind von allen Blumenarbeiterinnen die geschätztesten und werden deshalb natürlich auch am besten bezahlt. Eine jede Arbeiterin kann das Blumenmachen lernen; zur Rosenarbeiterin aber muß eine geboren sein, denn eine solche ist ein wirklicher Künstler.

Die beste Arbeiterin in der Rosenabteilung — nach Miß Higgins, Amerikas erster — war fünfundsiebzig Jahre alt. Sie war eine geborene Irin, aber lebte in Amerika bereits vierzehn

Jahre. Eines Tages blieb ich an ihrem Tische stehen und fragte sie, wie lange sie eigentlich hatte lernen müssen?

„Ich habe noch lange nicht ausgelemt“, sagte sie, ohne von der Arbeit anzulassen. „Ich arbeite nun schon seit dreizehn Jahren; aber nach sieben Jahren hielt ich mich noch kaum für erstläufig an, wie gesagt, bin ich auch jetzt noch nicht fertig.“

Sie arbeitete außerordentlich flink, ergriff eines der zarten Rosenblätter nach dem anderen und fügte sie mit den leimigen Fingern geschickt zu einer herrlichen Terciole zusammen. Sie presste, bügelte und kränzelte ein jedes der zarten Blätter mit dem warmen Eisen, gab der Blume einen Stengel, hing sie vor sich auf die Schnur und sah dann auf und lächelte mich an.

„Wollen Sie sehen, was für Hände man davon bekommt?“ fragte sie und zeigte mir die Innenseite ihrer Handflächen.

Sie mußte laut aufschreien, als sie mein Entsetzen sah. Die rechte Hand von innen über und über mit Hornhaut, Schwielen und tiefen Furchen bedeckt, und Daumen und Zeigefinger waren vollständig blaß gedrückt.

„So wird die Hand von dem heißen Eisen“, sagte sie, indem sie eines davon vom Ofen nahm und es hin und her schwanzte, um es abzukühlen. „Wir arbeiten ja den ganzen Tag damit und müssen sehr aufpassen, daß sie warm genug sind, aber auch nicht allzu warm, weil sie sonst den dünnen Stoff verlieren.“

„Und wieviel solcher Rosen können Sie den Tag über fertig bringen?“

„Es kommt ganz darauf an, was für Rosen es sind“. Sie nahm eine hübsige Sommerrose vom Tisch. „Wenn es solche sind, wie diese hier, so komme ich schließlich wohl auf achtzehn bis zwanzig Stück, ich habe aber auch schon solche gemacht, von denen fünf als hohe Tagesleistung gelten. Bei denen besteht eine jede Rose aus einhundertfünfundsiebzig einzelnen Blättern und die Blättern wiederum aus achtzehn verschiedenen Schattierungen und Sorten. Ein jedes Blatt hat seinen ganz bestimmten Platz, und wird nur ein einziges falsch angelegt, so ist die ganze Rose verdorben. . . . Aber solche Rosen werden wenig in Amerika gemacht, sondern zumeist eingeführt, denn wir haben nicht genügend geübte Arbeiterinnen, um große Bestellungen ausführen zu können, und die Kleinen haben für den Fabrikanten kein Interesse.“

Diese Arbeiterin arbeitete nur die allerfeinsten Rosen und hatte stets in Hülle und Fülle zu tun, denn sie war nicht zu erlegen, und deshalb berührte sie auch die tote Saison natürlich nicht. Wären die anderen ebenso geschickt gewesen wie sie, so hätten auch sie das ganze Jahr hindurch Arbeit gehabt, während sie nun mit acht Arbeitsmonaten im Jahre zufrieden sein mußten. Die beste Arbeiterin verdiente zwanzig bis fünfundsiebzig Dollar in der Woche und hatte niemals Zeit, Urlaub zu nehmen; die anderen mußten sich mit neun bis zehn Dollar begnügen.

(Fortsetzung folgt.)

